

Professor Dr. Jörn Leonhard

Vorlesung  
im Wintersemester 2021/22

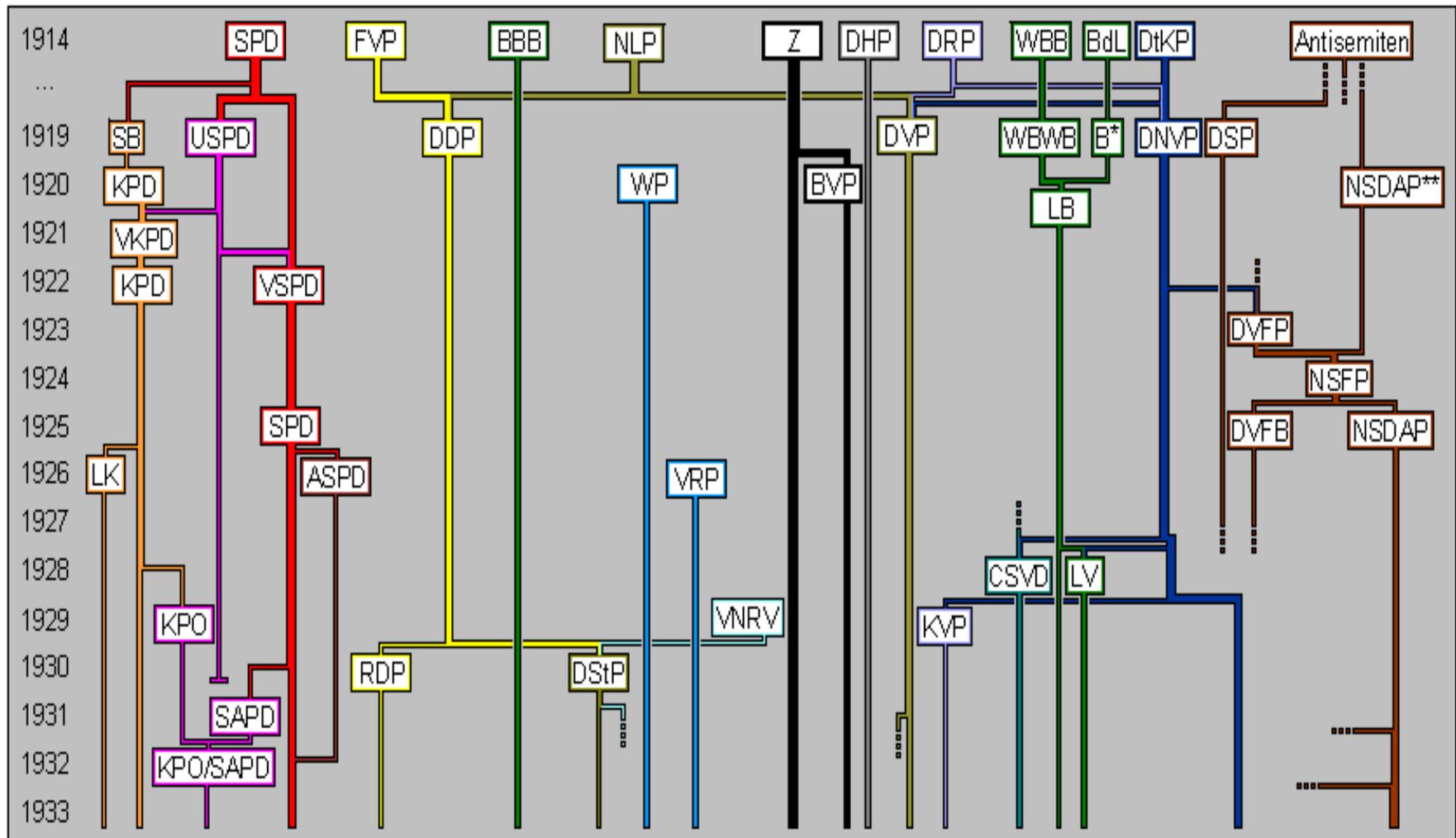
Die Krise der Welt: 1918-1939/41  
Teil 2: Belagerte Demokratien

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



**UNI  
FREIBURG**

- Parlamente als zentrale Foren der Politik nach 1918 in den meisten Ländern gestärkt
- demgegenüber Monarchen oder Präsidenten auf repräsentative Funktionen reduziert, nicht aber in den USA mit stärker präsidentialer Komponente (F. D. Roosevelt ab 1933)
- zugleich Krise des Parlamentarismus und Kritik von links und rechts: „Klasseninteresse“, „Atomisierung der Gesellschaft“, „Paralyse des Staates“, Korruptionsvorwürfe
- Parteienstruktur der 1920er und 1930er Jahre:
- Erweiterung des britischen Zweiparteiensystems in eine Dreiparteienkonstellation: Labour Party neben Conservatives und Liberal Party
- viele neue Regional- und Splitterparteien, zumal in neuen Staaten (cf. Polen und Tschechoslowakei), erschwerte Mehrheitsbildung



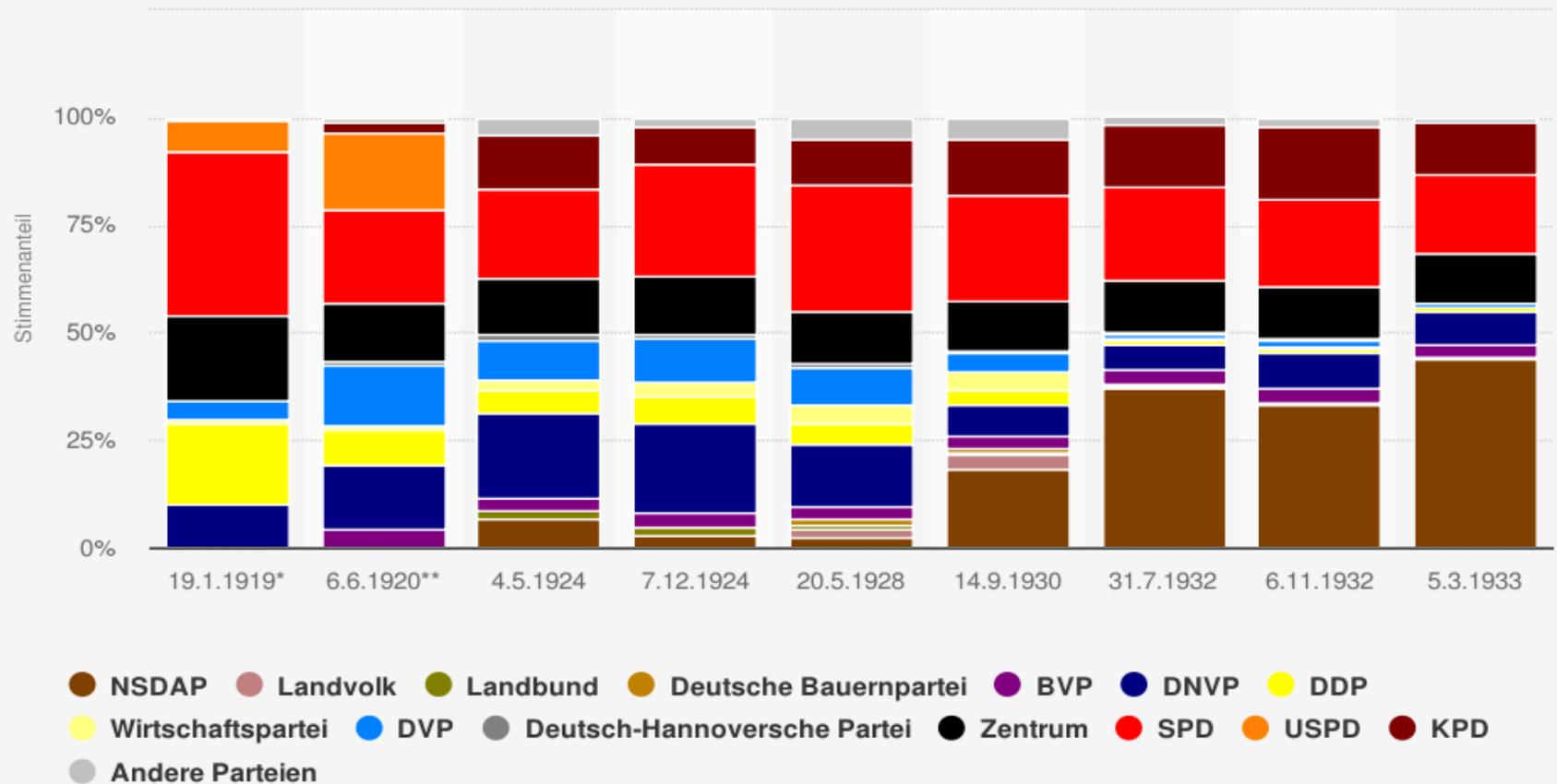
\*B: regionale Bauernparteien

\*\*NSDAP: bis 1920 DAP

(C) Valentin Schröder 2008

## Parteiensystem der Weimarer Republik

# Ergebnisse der Reichstagswahlen in der Weimarer Republik (Deutsches Reich) in den Jahren 1919 bis 1933

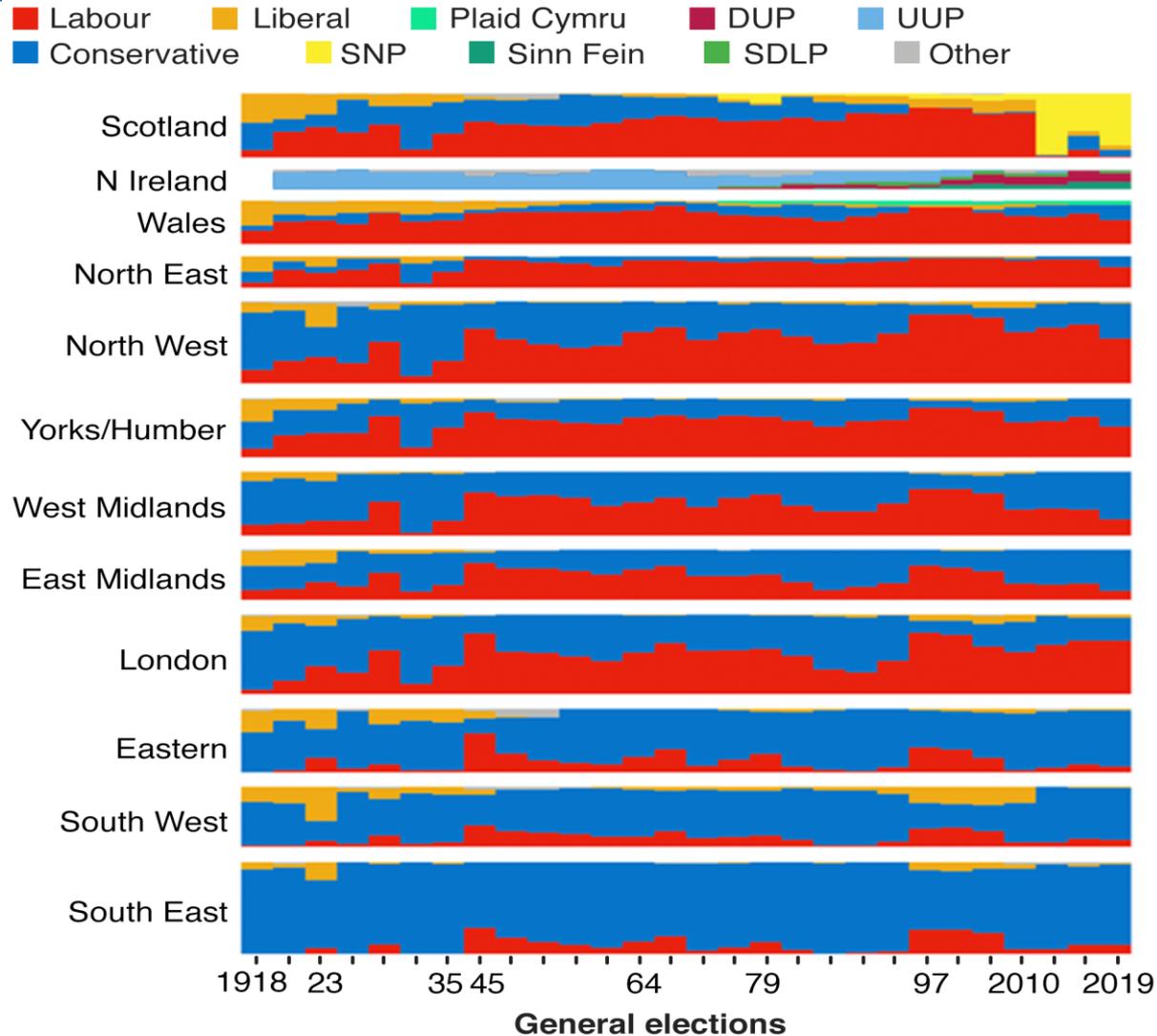


Quelle  
 Statistisches Reichsamt  
 © Statista 2021

Weitere Informationen:  
 Deutschland; 1919 bis 1932

# More than 300 million votes have been cast for Labour in general elections since 1918

Party constituency proportion by region



- (1) kommunistische Parteien: aus Abspaltungen von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien entstanden (Friedensfrage, Orientierung an Bolschewiki); nur in Deutschland (10-20%) und Tschechoslowakei (bis 10%) stärkere Stimmenanteile
- (2) sozialistische und sozialdemokratische Parteien: Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, Ausbau des Sozialstaates, enge Bindung an die Gewerkschaften, interne Spannungen über Koalitionsbildungen (GB 1931 bis 1936, Ende der Großen Koalition in Deutschland, Volksfrontregierungen mit Kommunisten und Linksliberalen in Spanien (1936-39) und Frankreich (1936-38))

- (3) liberale Parteien: eng verknüpft mit Formwandel des Nationalismus seit dem Ausgang des Krieges, z.T. expansionistische Ziele (Ion Brătianu in Rumänien, Eleutherios Venizelos in Griechenland); Krise liberaler Parteien: Betonung der Gemeinschaft gegen das Individuum, Ausbau von Arbeiterrechten und Sozialstaat vs. Marktorientierung, Wahlrechtserweiterung; erodierendes Monopol der Liberalen auf Repräsentation der Nation wie noch im 19. Jahrhundert (cf. Deutschland: linksliberale DDP und nationalliberale DVP, Großbritannien: „strange death of liberal Britain“)

- (4) nationalistische Parteien: große Bandbreite; inhaltliche Prämissen: autoritäres Staats- und Gesellschaftsideal, enge Anbindung an Militär, Elitarismus, Kritik an Parlamentarismus, demokratischer Teilhabe und republikanischer Grundordnung (cf. Frankreich), expansionistisches Programm (koloniale Ziele)
- (5) konservative Parteien: Orientierung an der Zeit vor 1914, imperiale Nostalgien, enge Bindung an Kirche und Militär, häufig Annäherung an die nationalistischen Parteien bei abnehmender Wählerschaft

- (6) politischer Katholizismus: häufig relativ stabile Milieuparteien (Gewerkschaften, Vereine, Genossenschaften), Ablehnung der modernen Ismen, neuständische Ordnungsvorstellungen, sozialkonservative und antimodernistische Vorstellungen, z.T. Bindung an nationalistische Bewegungen (Irland, Polen, Slowakei)
- (7) Bauernparteien: ländliche Wählerschaft und Landreform, besonders stark im Baltikum, in Polen, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Skandinavien

- neben Parteien vor allem neuartige Formationen der Massenorganisation seit 1918: (para-)militärische Verbände, Parteimilizen; bewusster Einsatz von Gewalt und Kampf um die Straße
- jüngere Generation und Gewaltinszenierung als Merkmal: squadristi und fascisti in Italien, Lapua-Bewegung in Finnland, Heimwehr in Österreich, Pfeilkreuzler in Ungarn, Schutz-Abteilung (SA), Rotfront-Kämpferbund, Reichsbanner und Stahlhelm in Deutschland, Jeunesses Patriotiques in Frankreich

- soziale „Vorfeldorganisationen“ neuer Parteien, cf. KPD und NSDAP in Deutschland:  
Selbstverständnis der neuen Parteien als „Kader“ für Massenbewegungen
- Politisierung der Industriearbeiter seit dem Weltkrieg, z.T. längerfristige Verbindung von bürgerlicher Demokratie und sozialdemokratischer Arbeiterschaft, aber in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien aggressive Wendung gegen „bürgerliche Klassenherrschaft“ und bürgerlichen Staat
- Sonderbewusstsein der Bauern: Opfer im Krieg, sinkende Agrarpreise, Wendung gegen urbane Moderne, z.T. Agrarromantik

- bürgerliche Mittelklassen: Angst vor sozialem Abstieg (Ausgang des Krieges, Inflation, Weltwirtschaftskrise), Instabilität, abnehmende politische Bindungswirkung traditioneller Parteien und politische Radikalisierung; spezifischer Antibolschewismus in Verbindung mit revisionistischem Nationalismus; junge Generation mit Deklassierungsangst als Rekrutierungsbasis für rechtsextremistische Formationen
- Oberklassen des Besitz- und Bildungsbürgertums: Distanz zu Massendemokratie und Parlamentarismus, zumal in Justiz, Ministerialbürokratie, Diplomatie und Militär



+



+



+